



Antrag

der Fraktion der SPD

Bericht zur Personalsituation im Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA) in Neumünster

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, in der 26. Tagung schriftlich über den aktuellen Sachstand der Personalsituation im Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA) in Neumünster und deren Auswirkung auf die Aufgabenerledigung zu berichten. Des Weiteren soll die Landesregierung über ihre Konsequenzen aus dem Abschlussbericht vom 1. März 2019 der von ihr bei der Beratungsfirma Price-waterhouse-Coopers (PwC) in Auftrag gegebenen Personalbedarfsermittlung im Landesamt für Ausländerangelegenheiten berichten.

Begründung:

Der „Spiegel“ berichtete in seiner Ausgabe Nr. 24 vom 08.06.2019 über die Ergebnisse der von der Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Personalbedarfsberechnung für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten in Neumünster, nach denen in der Behörde für eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung nicht nur zu wenige Stellen im Stellenplan vorhanden, sondern hiervon auch noch ca. 28 % nicht besetzt seien. Dieses würde zu einer „systematischen Überforderung der Beschäftigten“ und zu einer „partiellen Nicht-Erfüllung von Aufgaben“ führen. Die Beratungsfirma, deren Honorar für die Untersuchung lt. „Spiegel“ 120.000 Euro gekostet haben soll, hielt die Organisation des LfA für „deutlich verbesserungswürdig“.

Serpil Midyatli
und Fraktion